

Bedingungen für die Beschaffung von Bauleistungen (BBB)

der

ENTSORGUNGSBETRIEBE DER LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

1. Vertragsgrundlagen/Vertragsbestandteile

- 1.1 Die nachstehenden Geschäftsbedingungen gelten für alle Verträge mit dem Auftraggeber (AG) über die Erbringung von Bauleistungen und Leistungen im Zusammenhang mit der Ausführung von Bauvorhaben.
- 1.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers (AN) sowie sonstige abweichende oder zusätzliche Vertragsbedingungen des AN gelten nur, wenn der AG sich schriftlich mit ihrer Geltung einverstanden erklärt hat. Sie entfalten auch dann keine Wirkung, wenn der AG ihnen im Einzelfall nicht widersprochen hat. Die Abnahme von Lieferungen, Leistungen oder deren Bezahlung durch den AG bedeutet keine Zustimmung zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des AN.
- 1.3 Es gelten nachstehende Vertragsbestandteile in der aufgeführten Reihenfolge:
 - der zwischen AG und AN geschlossene schriftliche Vertrag mit den dort aufgeführten Anlagen bzw. die Bestellung
 - die Vergabeunterlagen
 - diese Bedingungen für die Beschaffung von Bauleistungen
 - die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) in der der bei Vertragsschluss geltenden Fassung
 - die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C).

2. Angebotsphase

- 2.1 Vor Abgabe eines Angebotes hat sich der AN über sämtliche Umstände im Hinblick auf Umfang der Leistung, Fristen und Termine, Ort und Stelle des Bauvorhabens sowie die örtlichen Gegebenheiten oder den Zustand relevanter baulicher Anlagen zu informieren.
- 2.2 Die Erstellung eines Angebots durch den AN ist für den AG kostenfrei.
- 2.3 Anmerkungen des AN zu den Angebotspreisen oder Hinweise auf Nebenangebote sind den Angebotsunterlagen gesondert beizufügen. Nebenangebote werden bei Durchführung eines Vergabeverfahrens nur gewertet, wenn sie ausdrücklich zugelassen sind und in Verbindung mit einem wertbaren Hauptangebot abgegeben werden.
- 2.4 Auf Verlangen des AG sind die Kalkulationsunterlagen im verschlossenen Umschlag unter Angabe der Vorgangsnummer beim AG zu hinterlegen. Der AG ist jederzeit berechtigt, die Kalkulationsunterlagen einzusehen. Der AN wird von der beabsichtigten Öffnung der Kalkulation rechtzeitig verständigt. Es steht ihm frei, bei der Öffnung anwesend zu sein.

3. Ausführungsunterlagen/Weitergabe von Unterlagen

- 3.1 Alle dem AN zur Abgabe von Angeboten und/oder zur Ausführung überlassenen Zeichnungen und sonstige Unterlagen dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des AG für andere

Zwecke weiterverwendet, vervielfältigt oder an Dritte weitergegeben werden. Sie bleiben Eigentum des AG und sind nach Durchführung der Bestellung vom AN unverzüglich kostenlos an den AG zurückzusenden. Die Pflicht zur unverzüglichen Rückgabe gilt auch dann, wenn es nicht zur Erteilung einer Bestellung kommt.

- 3.2 Sofern der AN für seine Leistungen zusätzliche Ausführungsunterlagen benötigt, hat der diese frühzeitig beim AG anzufordern und auf Vollständigkeit hin zu überprüfen.
- 3.3 Auf offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Widersprüche in Ausführungsunterlagen hat der AN den AG, sobald er diese erkennt, unverzüglich hinzuweisen.
- 3.4 Ohne schriftliche Zustimmung des AG ist es nicht gestattet, Anfrage, Angebots- oder Ausschreibungsunterlagen, Bestellungen des AG sowie den damit verbundenen Schriftverkehr zu Referenz- oder Werbezwecken zu benutzen.

4. Bauleitung/Einsatz von Mitarbeitern/Nachunternehmer

- 4.1 Vor Arbeitsaufnahme hat der AN den für das Vorhaben von ihm eingesetzten verantwortlichen und vertretungsberechtigten deutschsprachigen Bauleiter/Fachbauleiter zu benennen. Dieser hat die nach der für das Bauvorhaben maßgebliche Landesbauordnung ihm zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen. Daneben ist ein verantwortlicher Vertreter des AN zu benennen, der bevollmächtigt ist, alle für die Vertragsabwicklung erforderlichen Erklärungen für und gegen den AN abzugeben oder entgegenzunehmen. Erweist sich dieser in fachlicher und persönlicher Hinsicht für die Überwachung der Arbeiten des AN als ungeeignet, kann der AG vom AN den Austausch durch einen anderen vom AN zu benennenden Bauleiter/Fachbauleiter fordern.
- 4.2 Während der Ausführung der Bauarbeiten hat eine fachkundige, der deutschen Sprache mächtige Person ständig auf der Baustelle anwesend zu sein. Außerdem hat der AN, auch wenn an seiner Baustelle nicht gearbeitet wird, alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen und dafür zu sorgen, dass ständig ein Vertreter des AN erreichbar ist. Jeder Wechsel in der Person des Bauleiters/Fachbauleiters oder einer anderen benannten verantwortlichen aufsichtführenden Person ist dem AG schriftlich mitzuteilen.
- 4.3 Der AN darf nur Arbeitskräfte für die Ausführung der Arbeiten einzusetzen, die einer angemeldeten Beschäftigung nachgehen und für die Sozialabgaben entrichtet werden. Wenn es sich hierbei um ausländische Arbeitskräfte aus Ländern handelt, die eine Aufenthaltsgenehmigung und/oder eine Arbeitsgenehmigung EU benötigen, muss er sicherstellen, dass diese Voraussetzungen erfüllt sind. Der AN hat dem AG die Personalien aller von ihm zur Leistungserbringung eingesetzten Arbeitskräfte spätestens bei Leistungsaufnahme gesondert schriftlich zur Verfügung zu stellen und die Mitteilung entsprechend zu aktualisieren, falls es zu einem Mitarbeiterwechsel kommt.
- 4.4 Der AN wird die eingesetzten Arbeitskräfte schriftlich auf die Mitführungs- und Vorlagepflicht von Ausweispapieren am Leistungserbringungsort im Original gegenüber zur Kontrolle berechtigten Behörden nach § 2a Abs. 1 SchwarzArbG hinweisen und seinen Sofortmeldepflichten gemäß § 28a Abs. 4 SGB IV an die Deutsche Rentenversicherung nachkommen.
- 4.5 Der AN ist nicht berechtigt, vom AG beauftragte Leistungen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG ganz oder teilweise an Nachunternehmer zu vergeben. Er hat Nachunternehmer daraufhin zu verpflichten, die ihnen übertragenen Leistungen nicht ohne Zustimmung des AG an weitere Nachunternehmer zu übertragen.

5. Freistellungspflichten/Mindestlohn

- 5.1 Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen zur Zahlung des Mindestentgelts an die eingesetzten Arbeitskräfte nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz sowie die Regelungen zur Abführung der Urlaubskassenbeiträge und die Bestimmungen zur Zahlung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge und Unfallversicherungsbeiträge zu beachten und einzuhalten. Im Falle der Weitergabe der Bauleistungen aus dem Vertrag an Dritte wird er seine Nachunternehmer ausdrücklich auf die Einhaltung dieser Vorschriften verpflichten und von ihnen eine entsprechende Nachunternehmererklärung verlangen.
- 5.2 Der AN verpflichtet sich, den AG von Zahlungspflichten aus dem Arbeitnehmerentsendegesetz für seinen Leistungsumfang freizustellen, sofern es sich herausstellen sollte, dass der AG als „Unternehmer“ i. S. des Arbeitnehmerentsendegesetzes eingestuft und zur Zahlungspflicht herangezogen wird, weil der AN seinen Verpflichtungen nicht oder nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist.
- 5.3 Die Freistellungsverpflichtung des AN aus Ziff. 5.2 gilt auch für Zahlungspflichten für etwaige vom AN beauftragte Nachunternehmer und Verleiher sowie deren jeweilige Nachunternehmer und Verleihunternehmen, wenn der AN bei Auswahl dieser Sorgfaltspflichten verletzt hat.
- 5.4 Der AN verpflichtet sich, dem AG Unbedenklichkeitsbescheinigungen der relevanten Einzugsstellen für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge nach SGB IV und Urlaubskassenbeiträge vorzulegen und eine Kopie dieser dem AG zu überlassen. Aus diesen müssen sich der Zeitraum ihrer Gültigkeit und die Anzahl der Mitarbeiter ergeben, die bei den jeweiligen Einzugsstellen versichert sind. Endet der Gültigkeitszeitraum für eine Unbedenklichkeitsbescheinigung, muss der AN dem AG spätestens bis zum Ende des folgenden Monats eine aktualisierte Bescheinigung vorlegen.
- 5.5 Gelingt es dem AN nicht, auf Verlangen des AG für sich und zugelassene Nachunternehmer und Verleihfirmen, für die er nach dem ihm übertragenen Leistungsumfang haftet, die ordnungsgemäße Zahlung des Mindestentgelts und den Beiträgen an eine gemeinsame Einrichtung der tariflichen Vertragsparteien sowie die ordnungsgemäße Abführung der Sozialversicherungsbeiträge innerhalb angemessener Frist nachzuweisen, hat der AG das Recht, unter Berücksichtigung seines Haftungsrisikos entsprechende Einbehalte an den Zahlungsansprüchen des AN vorzunehmen.
- 5.6 Für die Zahlung von Unfallversicherungsbeiträgen hat der AN dem AG monatliche Nachweise vorzulegen und eine Kopie dieser dem AG zu überlassen.
- 5.7 Der AG ist berechtigt, von der dem AN zu zahlenden Vergütung einen Steuerabzug nach § 48 EStG in Höhe von 15 % von der Rechnung des AN vorzunehmen und ihn an das für den AN zuständige Finanzamt abzuführen, wenn ihm im Zeitpunkt der Zahlung eine gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG des für den AN zuständigen inländischen Finanzamts nicht vorliegt.
- 5.8. Der AN hat eingesetzten Mitarbeitern tarifliche und gesetzliche Mindestarbeitsbedingungen und Mindestlöhne zu gewähren und im Verhältnis zu Subunternehmern vertraglich sicher zu stellen, dass diese sich gegenüber ihren Mitarbeitern ebenso verhalten.

6. Baustellensicherung/Baustelleneinrichtung/Sicherheitsmaßnahmen

- 6.1 Der AN hat bis zur Abnahme seiner Leistungen die zur Sicherung an seiner Baustelle erforderlichen Maßnahmen in eigener Verantwortung zu treffen. Er ist für den Zustand der Baustelle insoweit verantwortlich.

- 6.2 Der Platz für die Baustelleneinrichtung und Materiallagerung wird dem AN entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten an der Baustelle zur Verfügung gestellt. Der AN ist für die vorschriftsmäßige und sichere Verwahrung und Unterbringung seiner Materialien und Geräte selbst verantwortlich. Ein Anspruch auf die Nutzung vorhandener Baulichkeiten oder Einrichtungen des AG besteht nicht, es sei denn, dies ist vereinbart.
- 6.3 Der AN hat einen Baustelleneinrichtungsplan und eine Geräteliste anzufertigen und dem AG diese auf sein Verlangen unverzüglich vorzulegen. Sofern für die Baustelle ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan (SiGePlan) gemäß der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (BaustellV) vorhanden ist bzw. von ihm erstellt wird, hat der AN diesen zu berücksichtigen.

7. Ausführung der Leistungen/Arbeitsgeräte/Baustoffe/Entsorgung

- 7.1 Der AN hat die anerkannten Regeln der Technik und die jeweils gültigen gesetzlichen und behördlichen Vorgaben zu berücksichtigen. Dies gilt auch für vorhandene betriebliche Regeln und Vorschriften des AG, soweit sie ihm bekannt gemacht worden sind. Insbesondere hat der AN die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, die „Allgemeinen Vorschriften“ BGV A 1 „Grundsätze der Prävention“ der BG Bau, aufgestellte Unfallverhütungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln zu beachten. Hierunter fällt auch die Einhaltung der Pflichten aus dem Arbeitsschutzgesetz und dem Arbeitszeitgesetz.
- 7.2 Der AN hat die Vorgaben der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) für bereit gestellte Arbeitsmittel einzuhalten, damit die sichere Benutzung dieser durch die Ausführenden sichergestellt ist. Maschinen und technische Arbeitsmittel müssen dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes (GPSG) entsprechen. Vom Hersteller dieser muss eine Konformitätserklärung vorliegen und sie müssen mit einer CE-Kennzeichnung versehen sein.
- 7.3 Der AN hat dem AG die Herstellerfirma von Baustoffen, Bauteilen und sonstigen eingesetzten, im Bauwerk bzw. Baugrund verbleibenden Erzeugnissen schriftlich zu benennen und dem AG die entsprechenden Produktnachweise 2 Wochen vor Abnahme der Leistungen zu übergeben. Im Zweifel über die zulässige Verwendung als „Bauprodukt“ im Sinne der maßgeblichen Landesbauordnung kann der AG für diese die Vorlage eines aktuellen Prüfzeugnisses einer staatlich anerkannten Prüfanstalt fordern.
- 7.4 Für den Fall, dass der AN Stoffe liefert oder einsetzt, für die nach der aktuellen REACH-Verordnung EU und deren Anhängen oder nach den nationalen Gefahrstoffregeln ein Sicherheitsdatenblatt erstellt und weitergegeben werden muss, ist der AN verpflichtet, dieses unaufgefordert vor der Lieferung dem AG zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz von nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik als krebserzeugenden, erbgutverändernden oder keimtötenden eingestuften Stoffen ist dem AN untersagt.
- 7.5 Die Entsorgung der bei der Ausführung seiner Arbeiten anfallenden entsorgungspflichtigen Stoffe nimmt der AN unter Einhaltung der jeweils geltenden behördlichen und gesetzlichen Vorschriften vor. Schutt und Schmutz sind unter Beachtung der geltenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetze von der Baustelle zu entfernen und zu entsorgen. Kommt er dieser Verpflichtung trotz Setzen einer angemessenen Nachfrist durch den AG nicht nach, kann der AG die Maßnahmen selbst oder durch einen Dritten vornehmen und den AN mit den hierdurch entstehenden Kosten belasten.
- 7.6 Werden für die Ausführung Wasser-, Stromanschlüsse oder Gerüste benötigt, hat der AN diese selbst zu stellen, für deren Anschluss zu sorgen und sie zu unterhalten.
- 7.7 Die bei den Bauarbeiten anfallenden Mutterboden- und sonstigen Bodenmengen, Baustoffe, Bauteile, Altstoffe, Bodenfunde und dergleichen bleiben Eigentum des AG. Er entscheidet über ihre weitere Verwendung.

- 7.8 Auf den vom AN durch den Baustellenverkehr in Anspruch genommenen öffentlichen und privaten Straßen verursachte Beschädigungen oder Verschmutzungen hat der AN unverzüglich zu beseitigen.
- 7.9 Auf Verlangen des AG ist vom AN ein Bautagebuch (Blattgröße DIN A 4, kann auch elektronisch mit Einsatz üblicher Software erfolgen) zu führen. Es können hierzu firmeneigene Vorlagen verwendet werden, wenn sie mindestens folgende Angaben enthalten:
- fortlaufende Nummerierung je Seite im Ausdruck
 - Baustellenbezeichnung
 - Datum
 - Wetter, Temperatur, Grundwasserstand
 - Arbeitszeit
 - Anzahl und Art der Arbeitskräfte
 - Name des Aufsichtsführenden der Firma
 - Geräteeinsatz (Zu- und Abgang)
 - Ausgeführte Arbeiten
 - Angelieferte Baustoffe
 - ausführungsbezogene Anweisungen des AG bzw. Bemerkungen
 - Arbeitsunterbrechung (mit Begründung)
 - Besondere Vorkommnisse
 - Unterschrift des AN oder seines Beauftragten

Die Eintragungen sind täglich vorzunehmen und spätestens am darauf folgenden Arbeitstag vom AG bestätigen zu lassen.

- 7.10 Der AG kann einen Ausführungsstopp anordnen, wenn wegen besonderer, nicht vom AG zu verantwortender Umstände (z. B. Witterungsverhältnisse) eine ordnungsgemäße Durchführung der Arbeiten nicht gewährleistet ist. Dies gilt auch bei anderen Anlässen wie z. B. schwerwiegende Verstöße des AN gegen Arbeitsschutzvorschriften, erkennbare Gefahrensituationen oder sonstige Anlässe, die kurzfristige Maßnahmen des AG fordern. Das Recht zur Kündigung des Vertrages nach den vertraglichen oder gesetzlichen Bestimmungen in solchen Fällen wird hierdurch nicht berührt.

8. Ausführungstermine/Behinderungen

- 8.1 Der AN hat die vertragliche vereinbarten Ausführungstermine, auch Zwischentermine, verbindlich einzuhalten. Sie gelten ebenso wie andere, während der Bauausführung einvernehmlich vereinbarten Termine als Vertragstermine.
- 8.2 Der AN ist verpflichtet, sofern nicht schon bei Vertragsabschluss vorgelegt, einen detaillierten Bauzeitenplan zu erstellen, diesen dem AG vorzulegen und mit ihm abzustimmen.
- 8.3 Kommt es während der Ausführung der Leistungen zur Vereinbarung neuer Vertragstermine, hat dies keinen Einfluss auf vom AN bereits verwirkte Vertragsstrafen oder entstandene Schadensersatzansprüche.
- 8.4 Kommt es aus Gründen, die im Risikobereich des AN liegen, zu zeitlichen Verzögerungen oder droht eine Überschreitung von Terminen, hat der AG das Recht, nach vorheriger schriftlicher Androhung die Leistungen, deren Verzögerung droht oder deren Termine schon überschritten sind, selbst oder durch Dritte auszuführen zu lassen, ohne dass er den Vertrag ganz oder teilweise kündigen muss.

9. Abnahme

- 9.1 Nach vollständiger Fertigstellung der vom AN zu erbringenden Leistungen hat der AN dies dem AG schriftlich anzuzeigen.

- 9.2 Vor Durchführung der Abnahme hat der AN seine Leistungen auf Vollständigkeit und Mangelfreiheit zu überprüfen. Voraussetzung für die Abnahme durch den AG ist der Nachweis der Fertigstellung der gesamten vom AN geschuldeten Leistungen ohne wesentliche Mängel. Außerdem müssen die vom AN zu fertigenden Unterlagen und zu beschaffenden Nachweise vollständig vorliegen.
- 9.3 Die Abnahme erfolgt förmlich durch Unterzeichnung eines Abnahmeprotokolls. Dies gilt auch bei vom AN vorzunehmenden Mängelbeseitigungsleistungen.
- 9.4 In Fällen höherer Gewalt, bei Streik, Aussperrung, Betriebsstörung und sonstigen, vom AG nicht zu vertretenden Ereignissen ist der AG berechtigt, die Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben.

10. Mängelrechte

- 10.1 Der AN hat seine Leistungen frei von Sachmängeln zu erbringen. Sie müssen die vereinbarte Beschaffenheit aufweisen und den anerkannten Regeln der Technik entsprechen.
- 10.2 Mängelansprüche des AG richten sich nach VOB/B. Werden Mängel schon während der Bauausführung festgestellt, kann der AG jedoch vorbehaltlich sonstiger Ansprüche schon vor Abnahme den Vertrag als Ganzes oder für einen abgeschlossenen Teil kündigen, wenn eine diesem gesetzte angemessene Frist zur Mangelbeseitigung ergebnislos abgelaufen ist.
- 10.3 Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt für Bauwerke fünf Jahre und beginnt mit Abnahme zu laufen. Auch für weitere Ansprüche wegen Mängeln gelten die gesetzlichen Verjährungsfristen nach BGB.

11. Haftpflichtversicherung

- 11.1 Der AN ist verpflichtet, eine Versicherung durch ein der Kontrolle des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen unterliegendes Versicherungsinstitut für Personen- Sach- und Vermögensschäden nachzuweisen. Ist eine Mindestversicherungssumme nicht vereinbart, hat sich die Höhe des Deckungsschutzes an den Risiken im Schadensfall zu orientieren. Der Versicherungsschutz ist auf die Dauer der vertraglichen Zusammenarbeit mit dem AG bis zum Ablauf der Verjährungsfrist aufrecht zu erhalten und dem AG auf Verlangen nachzuweisen. Bei Beauftragung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gilt die Versicherungspflicht für alle Mitglieder der ARGE.
- 11.2 Kommt der AN der Aufforderung des AG, den Versicherungsschutz nachzuweisen, nicht innerhalb angemessener Frist nach, hat der AG das Recht, Zahlungen bis zur Vorlage des Nachweises zurückzuhalten.
- 11.3 Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn er das Versicherungsinstitut wechselt und/oder eine Deckung in Höhe der vereinbarten Mindestversicherungssumme nicht mehr besteht.

12. Arbeitsgemeinschaft

- 12.1 Ist der AN eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE), richten sich alle Vertragserklärungen und/oder in Ausführungen des Vertrages erforderlichen Erklärungen und Absprachen an den von der ARGE bevollmächtigten Vertreter. Beschränkungen gegenüber der Vertretungsbefugnis sind gegenüber dem AG unwirksam, sofern sie ihm nicht bei Vertragsabschluss bekannt gemacht worden sind.
- 12.2 Die Zahlung der vereinbarten Vergütung an die ARGE wird mit befreiender Wirkung vom AG ausschließlich an den bevollmächtigten Vertreter bzw. auf dessen schriftliche Weisung hin an Dritte geleistet.

12.3 Wird eine Zahlung an den bevollmächtigten Vertreter bzw. auf dessen schriftliche Weisung benannten Dritten nach erfolgter Auflösung und Abwicklung der ARGE geleistet, ohne dass dies dem AG mitgeteilt wurde oder ohne dass ihm ein anderer Dritter benannt wurde, erfolgt diese gleichwohl mit schuldbefreiender Wirkung gegenüber der ARGE.

12.4 Die ARGE hat sicherzustellen, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Eine Inanspruchnahme der Gesamtschuldner ist auch nach Auflösung der ARGE möglich.

13. Preisstellung/Abrechnung/Zahlung/Aufrechnung

13.1 Die vereinbarten Pauschal- und Einheitspreise sind Festpreise für die Ausführung der vertraglichen Leistungen und Nebenleistungen. Bei Stundenlohnarbeiten gelten die vereinbarten Sätze für Stundensätze unabhängig von deren Umfang. Alle Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher MwSt. Gleitklauseln für Lohn, Material und Geräte werden nicht vereinbart.

13.2 Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage eines gemeinsamen Aufmaßes nach den vereinbarten Einheitspreisen. Nachträge werden nur bezahlt, wenn der AN zusätzliche Leistungen ausführt, welche auf der Grundlage eines prüffähigen verbindlichen Angebots erbracht werden.

13.3 Abschlagszahlungen muss eine schriftliche Bestätigung des Leistungsstandes durch den Bauleiter des AG beigelegt werden. Solange diese nicht vorliegt, werden Abschlagszahlungen nicht fällig. Abschlagszahlungen entbinden den AN nicht von der Erstellung einer vollständigen prüfbaren Schlussrechnung.

13.4 Soweit im Leistungsverzeichnis oder in den vereinbarten Besonderen Vertragsbedingungen oder sonstigen für die Ausführung der Arbeiten geltenden Vertragsbedingungen keine andere Regelung vorgeschrieben ist, sind Lieferungen sowie Teile von Lieferungen durch Lieferscheine bzw. Wiegekarten nachzuweisen. Die Nachweise sind dem AG zweifach, spätestens an dem dem Liefertag folgenden Arbeitstag zur Anerkennung vorzulegen. Die Urschrift fügt der AN der Rechnung bei, die Durchschrift verbleibt beim AG.

13.5 Zahlungen erfolgen innerhalb einer Zahlungsfrist von 30 Tagen nach Abnahme, jedoch nicht, bevor die Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen Abrechnung vorliegen. Die Bezahlung der Schlussrechnung schließt Rückforderungen wegen vom AN fehlerhaft berechneter Leistungen und Forderungen nicht aus.

13.6 Der AN darf Forderungen aus dem Vertrag gegen den AG nur mit dessen vorheriger schriftlicher Zustimmung abtreten. Dies gilt nicht, wenn die jeweilige Forderung rechtskräftig festgestellt oder vom AG anerkannt ist.

14. Einzelheiten zu Stundenlohnarbeiten

14.1 Stundenlohnarbeiten werden nur vergütet, wenn sie von vertretungsberechtigten Personen des AG in Auftrag gegeben wurden und die Erbringung der Leistungen nach Stundenlohnarbeiten schriftlich vereinbart worden ist. Dies gilt auch für Arbeiten, bei denen Sonntags- oder Feiertagszuschläge anfallen.

14.2 Meister-, Polier- und Vorarbeiterstunden werden als Facharbeiterstunden anerkannt, wenn sie vom AG ausdrücklich beauftragt waren oder zur Einhaltung von Unfallverhütungsvorschriften notwendig werden (z. B. bei besonders gefährlichen Arbeiten). Letzteres ist vom AN nachzuweisen.

14.3 Der AN hat über Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach VOB/B § 15 Nr. 3 enthalten:
- das Datum

- die Bezeichnung der Baustelle
 - die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle
 - die Art der Leistung
 - die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn und Gehaltsgruppe
 - die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach beauftragter Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit sowie nach im Verrechnungssatz enthaltenen Erschwernissen
 - die Gerätekenngößen
- 14.4 Die Originale der Stundenlohnzettel behält der AG, die bescheinigten Durchschriften erhält der AN.
- 14.5 Stundenlohnabrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden.
- 14.6 Für abgerechnete Stundenlohnarbeiten gilt die Zahlungsfrist gemäß Ziff. 13.1.

15 Wettbewerbswidrige Preisabsprache

Haben der AN oder von ihm beauftragte oder für ihn tätige Personen aus Anlass eine Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen, die zu einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung geführt hat, hat der AN dem AG Schadensersatz in Höhe von 3 % des Bruttoauftragswertes zu bezahlen, es sei denn, der AG kann einen höheren Schaden nachweisen.

16. Veröffentlichungen

Veröffentlichungen jeder Art über die vom AG beauftragten Leistungen und das dahinterstehende Vorhaben sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zulässig.

17. Erfüllungsort/Gerichtsstand/anwendbares Recht

- 17.1 Erfüllungsort für Leistungen ist die Baustelle. Erfüllungsort für Zahlungen ist Wiesbaden.
- 17.2 Für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist Gerichtsstand das für den Sitz des AG sachlich zuständige Gericht, wenn der AN Kaufmann im Sinne des HGB, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Der AG ist auch berechtigt, vor dem Gericht zu klagen, das am Sitz des AN sachlich zuständig ist.
- 17.3 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 („CISG“, „UN-Kaufrecht“) ist ausgeschlossen.

Stand: September 2014